

Kommunalpolitiker kritisiert Spiel mit „Schwarzem Peter“

Von Michaela Kumkar

Der Stadtverordnete Wolfgang Hoffmann wirft der Stadt und dem Landkreis vor, eine Provinzposse veranstaltet zu haben.

TEMPLIN. Abgehakt hat der Stadtverordnete Wolfgang Hoffmann (Wählergemeinschaft den Bürgern verpflichtet) die jüngste Stadtverordnetenversammlung noch nicht. Er bezeichnet als Provinzposse, was sich dort abgespielt hat: Die Kommunalpolitiker sollten sich zum Bau des Übergangwohnheims für Asylbewerber an der Milmersdorfer Chaussee positionieren.

Gemeindliches Einvernehmen herstellen, heißt das laut Baurecht. Dazu kam es jedoch nicht. Zur Erinnerung: Am 17. Dezember 2015 hatte die Templiner Stadtverwaltung den Bauantrag des Landkreises Uckermark erhalten. Mit der Ankündigung, dass die Stadtverordneten in der Kurstadt nun acht Wochen Zeit hätten, um sich dazu zu äußern. Weil die Frist bei solchen Bauvorhaben laut Baugesetzbuch jedoch im Oktober des vergangenen Jahres auf vier Wochen verkürzt wurde, war sie bereits abgelaufen. Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen. Carla Teschke, Bauordnungsamtsleiterin der Kreisverwaltung, die zu dieser Sitzung eingeladen worden war, musste sich geharnischte Kritik gefallen lassen, der Uckermark Kurier berichtete.

Wolfgang Hoffmann findet allerdings, dass auch die Templiner Stadtverwaltung über die gesetzlichen Grundlagen hätte Bescheid wissen müssen. Auf seine Frage an den Bürgermeister, ob er den Paragraphen 246 im Baugesetzbuch kenne, habe Detlef Tabbert dies bestätigt. „Für jeden war nun klar, dass man nicht vom Wunsdenken, sondern von Fakten ausgehen



Wolfgang Hoffmann

muss. Ganz abgesehen davon, dass schon der Beschlussvorschlag, den die Stadtverwaltung vorbereitet hatte, falsch war. Es ging nicht um einen Beschluss über den Bauantrag, sondern um die Empfehlung, das städtische Einvernehmen zum Bauantrag zu erteilen“, so Wolfgang Hoffmann. Darauf habe sein Fraktionskollege Otto Schallhorn richtig hingewiesen.

Jetzt würden die beiden Verwaltungen versuchen, sich gegenseitig den Schwarzen Peter zuzuschieben. „Die Stadtverordneten konnten sich in dieser Sitzung nur vorgeführt fühlen“, kritisiert der Kommunalpolitiker. Er fordert den Bürgermeister deshalb auf, Konsequenzen in der Stadtverwaltung zu ziehen.

Detlef Tabbert weist den Vorwurf der Unkenntnis zurück. Stadtverordnetenvorsteher Bernd Ziemkendorf habe zu Beginn der Versammlung extra darauf hingewiesen, „dass das gemeindliche Einvernehmen als erteilt gilt, wenn es nicht innerhalb eines Monats verweigert wird“. Man habe sich jedoch darauf verlassen, dass der Landkreis von seinem Ermessensspielraum Gebrauch macht und die Stadtverordneten acht Wochen Zeit haben, sich zu äußern.

Kontakt zur Autorin

m.kumkar@uckermarkkurier.de